



Im Jahr 1926 fand eine der erbittertsten innenpolitischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik statt: der Volksentscheid über das Gesetz zur entschädigungslosen Enteignung der Vermögen der ehemaligen Landesfürsten.<sup>2</sup> In einem polemisch und populistisch geführten Kampf standen sich dabei hauptsächlich die

KPD und die SPD auf der einen Seite und das bürgerliche politische Lager auf der anderen Seite gegenüber. Während die einen für sich in Anspruch nahmen, „Für die Armen, gegen die Fürsten!“ einzutreten, beanspruchten die anderen die Rolle der Verteidiger des Rechtsstaates und Beschützer des Privateigentums für sich.<sup>3</sup> Hintergrund dieser aggressiv geführten Debatte waren letztendlich die Absetzung der damaligen Landesherren – für Schleswig-Holstein als preußi-

## Frank Omland: „Volk, jetzt entscheide!“<sup>1</sup>

Zum gescheiterten Versuch der entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen deutschen Landesfürsten am 20. Juni 1926



Mit „Den Fürsten keinen Pfennig! Schreibe euch ein, für das Volksbegehren“ griff die SPD die zentrale Propagandaparole der KPD auf.

Aus: Otmar Jung, Direkte Demokratie in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1989, S. 64.

<sup>1</sup> „Volk, jetzt entscheide!“, in: Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung (SHVZ), 13.3.1926.

<sup>2</sup> Abgedruckt in: Statistik des Deutschen Reichs (StDR), Bd. 332, Berlin 1926, S. 3; ebenso in: Ministerialblatt für die Preussische innere Verwaltung (MinBIV), 87 (1926), S. 504.

<sup>3</sup> „Jetzt drauf und dran!“, in: SHVZ, 19.6.1926; „Rechtsstaat oder Raubstaat“, in: Ost-Holsteinisches Tageblatt (OHTB), 12.6.1926.

Das Plakat der Abstimmungsgegner wurde am 20.6.1926 im Anzeigenteil der Kieler Neuesten Nachrichten kleinformig abgedruckt und spielte auf die Ängste im bürgerlichen Lager vor weiteren Enteignungen an.

Aus: Hans Bohrmann (Hrsg.), Politische Plakate, Dortmund 1984, S. 241.



sche Provinz der preußische König – in der Revolutionszeit und die sich daraus ergebenden Fragen, welches Vermögen den ehemaligen Herrschern als Privateigentum verbleiben sollte und welches als Staatseigentum zu betrachten wäre.

Im Kern wurde der erste Volksentscheid der Weimarer Republik um die politische Frage ausgefochten, ob Privateigentum entschädigungslos durch den Staat enteignet werden dürfe. Der führende Kopf der Wirtschaftspartei, Victor Bredt, brachte diesen Sachverhalt in einer Reichstagsdebatte im Dezember 1925 so auf den Punkt: „Ich rede von der grundsätzlichen Frage, daß wir zum erstenmal durch Gesetz aussprechen wollen, daß eine Enteignung ohne Entschädigung und unter Ausschluß des Rechtsweges stattfinden kann.“ Und der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Wilhelm Kahl (DVP), formulierte es so: „Eine entschädigungslose Enteignung in diesem Fall würde glatt eine rechtswidrige Besitzentziehung sein, das, was wir kriminalistisch als Diebstahl bezeichnen“.<sup>4</sup> Dagegen führte der

<sup>4</sup> Reichstags-Verhandlungen (RT-Verhandlungen), Bd. 388, 130. Sitzung v. 3.12.1925, Sp. 4756 (Bredt) und Sp. 4748 (Kahl).

kommunistische Abgeordnete Theodor Neubauer aus: „Die entschädigungslose Enteignung ist notwendig, weil es das Volk in seinem Elend nicht ertragen kann, daß den Fürsten Hunderte von Millionen in den Rachen geworfen werden“. Und Philipp Scheidemann (SPD) meinte in derselben Debatte: „Das Land ist den Fürsten nichts schuldig, die Fürsten dem Lande alles! Die Herausgabe der geforderten Länder und Güter an die Fürsten wäre eine Herausforderung des deutschen Volkes wie man sie sich schlimmer in dieser Situation nicht vorstellen kann.“<sup>5</sup>

Im Folgenden werden für Schleswig-Holstein der Verlauf dieses Plebiszites rekonstruiert und anschließend die Abstimmungsergebnisse statistisch nach Regionen ausgewertet. Ziel ist es, die möglichen Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Bevölkerung zu analysieren und zu überprüfen, ob sich im Volksentscheid von 1926 exemplarisch grundsätzliche Konfliktlinien zwischen den parteipolitischen Lagern und Ängste der Bevölkerung über die „Bolschewisierung“ der Gesellschaft widerspiegeln.

Als Quelle für die Positionen der Gegner und Befürworter wurde die Berichterstattung in drei Zeitungen herangezogen: den auflagenstärksten und DNVP-nahen „Kieler Neuesten Nachrichten“, der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ sowie einem der wenigen liberalen Medien im Lande, den DDP-nahen „Altonaer Nachrichten“.<sup>6</sup> Desweiteren wurden kleinere Heimatblätter aus den ländlichen Regionen,<sup>7</sup> Aktenüberlieferungen aus dem Landesarchiv Schleswig-Holstein sowie Ergebnisse der überregionalen Forschung, insbesondere von Otmar Jung, einbezogen.<sup>8</sup> Daneben sollen Analysen der Abstimmungsergebnisse auf Reichs- und Landesebene sowie exemplarische Auswertungen für die Großstadt Kiel, den Kreis Norderdithmarschen und den von Guts-

**Fürstenbesitz in Schleswig-Holstein.** Die Annexion Schleswig-Holsteins 1867 durch Preußen<sup>9</sup> führte dazu, dass sich in der Folge der Erbanspruch des Augustenburger Herzogs Friedrich (VIII.) politisch nicht durchsetzen ließ.<sup>10</sup> Der preußische König Wilhelm II. aus dem Hause Hohenzollern wurde Landesherr seiner neuen Provinz, so dass die Schleswig-Holsteiner keinen regional ansässigen Herrscher besaßen. Die Hohenzollern hatten in Schleswig-Holstein nur wenig Grundbesitz und dementsprechend regelte der Ende 1926 aufgesetzte Vertrag mit dem Freistaat Preußen lediglich den Übergang der Schlösser und des Inventars in Kiel und Plön zum Staat, während eine Villa in Borby und die Plöner Prinzeninsel sowie sämtliche Besitzungen des Bruders des Königs – insbesondere das Gut Hemmelmark im Kreis Eckernförde – bei den Hohenzollern verblieben.<sup>11</sup>

**5** RT-Verhandlungen, Bd. 388, 129. Sitzung v. 2.12.1925, Sp. 4727 (Neubauer) und Sp. 4735 (Scheidemann).

**6** Zur generellen Einordnung dieser Zeitungen vgl. Markus Oddey, *Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur – Wahrnehmung – Herrschaftsakzeptanz*, Eutin 2006, S. 122-139 (Kieler Neueste Nachrichten [KNN] und Kieler Zeitung), S. 177-183 (Altonaer Nachrichten [AN]), S. 51-56 (SHVZ).

**7** Neben dem OHTB Zeitungen im Dithmarscher Raum und von der Westküste.

**8** Otmar Jung, *Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten*. 2 Bde, 2. Aufl., Hamburg 1996; Otmar Jung, *Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“*, Frankfurt am Main u.a. 1989.

**9** Gesetz, betreffend die Vereinigung der Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Preußischen Monarchie. Vom 24. Dezember 1866, in: *Gesetzesammlung für die Königlichen Preußischen Staaten*, Berlin 1866, S. 875; Patent wegen der Besitznahme der Herzogtümer Holstein und Schleswig. Vom 12. Januar 1867, in: ebd., Berlin 1867, S. 129f.; zum gesamten Vorgang vgl. Oswald Hauser, *Provinz im Königreich Preußen*, in: *Geschichte Schleswig-Holsteins*. 8. Bd., Teilbd. 1, Neumünster 1966, S. 3-10.

**10** Mikkel Venborg Pedersen, *Die Herzöge von Augustenburg*, in: *Die Fürsten des Landes. Herzöge und Grafen von Schleswig-Holstein und Lauenburg*, hg. von Carsten Porskrog Rasmussen, Elke Imberger, Dieter Lohmeier und Ingwer Momsen, Neumünster 2008, S. 340f.

**11** Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses. Vom 29. Oktober 1926, in: *Preußische Gesetzesammlung (PrGS)*, Berlin 1926, S. 267-289. Im Kern regelten die §§ 1 und 2 des Vertrages die Aufteilung. Zum Besitz von Prinz Heinrich siehe Rudolf Martin, *Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Schleswig-Holstein*, Berlin 1913, S. 5, 29.

Die Aufteilung der fürstlichen Domänen als Siedlungsland spielte zusammen mit der Bezahlung sozialer Wohlfahrtsleistungen eine zentrale Rolle in der Propaganda der Abstimmungsbefürworter.

Aus: Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung, 13.3.1926



12 Dieter Lohmeier, Die Fürstbischöfe von Lübeck aus dem Hause Gottorf, in: Die Fürsten des Landes (wie Anm. 10), S. 204.

13 Martin: Jahrbuch des Vermögens (wie Anm. 11), S. 1; vgl. auch Kai Detlev Sievers, Schleswig-Holsteins Millionäre vor dem Ersten Weltkrieg, in: Brückenschläge aus der Vergangenheit. Festschrift für Peter Wulf zu seinem 70. Geburtstag, hg. von Detlev Kraack und Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Neumünster 2008, S. 212, 230-232.

14 Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg von den Jahren 1918, 1919 und 1920, S. 673-683; vgl. zum gesamten Vorgang: Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 184-192. Der Vertrag war unter Ministerpräsident Theodor Tantzen (DDP), der ab 1928 schleswig-holsteinischer Reichstagsabgeordneter der DDP werden sollte, ausgehandelt worden.

15 Lohmeier, Die Fürstbischöfe (wie Anm. 12), S. 204; Reichsiedlungsgesetz, in: Reichsgesetzblatt (RGBl), Teil 1, Berlin 1919, S. 1429-1436.

16 Vgl. dazu Jung, Direkte Demokratie (wie Anm. 8), S. 16-19.

Auch der Landesherr des zu Oldenburg i.O. gehörenden Fürstentums Lübeck, Großherzog Friedrich August, residierende nicht vor Ort,<sup>12</sup> besaß hier aber eine Reihe von Gütern und war vor dem Ersten Weltkrieg der reichste Mann in Schleswig-Holstein gewesen.<sup>13</sup> Im Land Oldenburg waren schon 1920 alle Besitzfragen mit seinem abgetretenen Großherzog geregelt worden: ihm verblieben das Schloss Eutin und dessen Inventar, während sein sehr großer Gutsbesitz in Ostholstein im Vertrag keine Rolle spielte.<sup>14</sup> Teile dieser Gutshöfe wurden im Rahmen des Reichsiedlungsgesetzes 1919 verkauft, andere im Zuge der Bodenreform nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelöst.<sup>15</sup>

höfen geprägten Landkreis Plön aufzeigen, wessen Parteianhänger sich beim Volksentscheid wie verhalten haben.

**Hyperinflation und Aufwertungsfrage.** Um ein Verständnis für die Situation zu erlangen, die am 20. Juni 1926 zum Volksentscheid führte, müssen die Folgen der Hyperinflation von 1923 einbezogen werden. Die Einführung der Rentenmark stabilisierte zwar die Wirtschaftslage, doch die Frage danach, wie hoch bei der Währungsumstellung jeweils die alten Schulden anzurechnen seien, spaltete Gesellschaft und Politik.<sup>16</sup> In der Folge gewann die DNVP die Reichstagswahlen im Dezember 1924 auch deshalb, weil sie sich als „Schutzmacht“

derjenigen gerierte, die ihr Privatvermögen, d.h. Sparguthaben und das Geld aus den gezeichneten Kriegsanleihen für den Weltkrieg, verloren hatten bzw. zu verlieren drohten. Nach dem Eintritt in eine rechtsbürgerliche Reichsregierung im Februar 1925 vollzog die Partei eine Abkehr von ihren Wahlkampfversprechungen und trat für einen Kurs ein, der auf die vollständige Entwertung der Kriegsanleihen hinauslief. Damit hatte sich der schuldnerische Staat quasi zu Lasten derjenigen, die Kriegsanleihen im Ersten Weltkrieg gezeichnet hatten, selbst entschuldet. Dies beförderte die Politikverdrossenheit von Teilen der Mittelschicht, die Abkehr von der DNVP zugunsten von Interessenparteien<sup>17</sup> und prägte auch die nachfolgenden Auseinandersetzungen beim Volksentscheid 1926.

**Fürstenabfindung.** Anfang Dezember 1925 begann der öffentliche Protest gegen die Vermögensregelungen der Länder mit den ehemaligen Landesfürsten. Dies lag daran, dass sich in einigen Ländern die Verhandlungen in die Länge zogen oder wie in Preußen die getroffenen Regelungen der Bevölkerung nicht vermittelbar waren.<sup>18</sup> In der Folge brachte die DDP Ende 1925 einen Gesetzentwurf in den Reichstag ein, der die Länderparlamente ermächtigen sollte, einseitig die Abfindungshöhen festzulegen.<sup>19</sup> Die KPD nutzte die beginnende Debatte und antwortete mit einem eigenen Gesetzentwurf, der populistisch die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser zugunsten von Not leidenden Menschen vorsah. Beide Gesetzentwürfe waren nicht mehrheitsfähig<sup>20</sup> und alle Versuche, eine Mehrheit für eine schiedsgerichtliche Regelung auf Reichsebene zu organisieren, scheiterten ebenso.<sup>21</sup> Die KPD kündigte in der Folge ein Volksbegehren an, das die SPD-Spitze aus taktischen Gründen und auf Druck der Parteibasis erst Mitte Januar 1926 unterstützte. Weitere Bündnispartner aus dem linksliberalen und pazifistischen Lager hatten sich schon seit Mitte Dezember zusammengefunden.<sup>22</sup>

Als entschiedenste Gegner traten im Reichstag die DNVP, die Völkischen und die Nationalsozialisten auf, wobei letztere mit einem eigenen antisemitischen Enteignungsantrag scheiterten.<sup>23</sup> Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse hatte sich noch Anfang Januar 1926 in einer Resolution der nordwestdeutschen Gauleiter der Forderung angeschlossen, „für den Fall der Annahme des marxistischen Antrags auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser auch die entschädigungslose Enteignung aller seit dem 1. August 1914 in Deutschland eingewandeter Ostjuden sowie die Einziehung sämtlicher seit dem 1. August 1914 eingetretenen Vermögensvergrößerungen unter besonderer Berücksichtigung der Bank- und Börsengewinne“ zu beantragen.<sup>24</sup> Und im Februar 1926 erklärte er auf einer Versammlung in Heide, „dass sich seine Partei nicht für eine restlose Fürstenabfindung bereit erklären könne“.<sup>25</sup> Auf Intervention von Hitler trat die Partei dann für eine schiedsgerichtliche Lösung auf Reichsebene ein und agitierte gegen die KPD und SPD als Verfechter eines Plebiszits.<sup>26</sup>

**17** Die Gründung der Volksrechtspartei war eine der Folgen, vgl. Jung, *Direkte Demokratie* (wie Anm. 8), S. 32-34; Martin Döring, „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2001, S. 78f., 182ff.

**18** Vgl. Jung, *Direkte Demokratie* (wie Anm. 8), S. 49-52; zu Preußen vgl. Jung, *Volksgesetzgebung* (wie Anm. 8), S. 19-21, 434-440, 507-513.

**19** RT-Verhandlungen, Bd. 388, 129. Sitzung v. 3.12.1925, Sp. 4701ff (Redebeitrag Koch-Weser, Sp. 4740-4741).

**20** Sie wurden am 3.12.1925 erst einmal in den Rechtsausschuss verwiesen, vgl. RT-Verhandlungen, Bd. 388, 130. Sitzung, Sp. 4762.

**21** Zur Berichterstattung dazu im Reichstag vgl. RT-Verhandlungen, Bd. 388, 153. Sitzung v. 4.2.1926, Sp. 5299f.; Gesetz über die Aussetzung der Rechtsstreitigkeiten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern v. 13.2.1926, in: RGBl, Teil I, Berlin 1926, S. 101; vgl. Jung, *Volksgesetzgebung* (wie Anm. 8), S. 740.

**22** Im „Rechtsausschuss zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten“, dem auch die KPD angehörte. Vgl. Jung, *Volksgesetzgebung* (wie Anm. 8), S. 676, 681, 696.

**23** RT-Verhandlungen, Bd. 390, 190. Sitzung v. 28.4.1926, Sp. 6922.

**24** Zitiert nach Döring, *Parlamentarischer Arm* (wie Anm. 17), S. 148.

**25** Schreiben des Landrats in Heide vom 10.3.1926 an den Oberpräsidenten in Kiel, LAS, Abt. 301, Nr. 4555; vgl. dazu: Politischer Vortrag, in: Heider Anzeiger, 1.2.1926.

**26** Vgl. die Darstellung bei Jung, *Volksgesetzgebung* (wie Anm. 8), S. 768-770.

**27** Christopher Schwieger, Volksgesetzgebung in Deutschland. Der wissenschaftliche Umgang mit plebiszitärer Gesetzgebung auf Reichs- und Bundesebene in Weimarer Republik, Drittem Reich und Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2005, S. 48. Der Versuch eines Aufwertungsvolksbegehrens war durch die Reichsregierung unterlaufen worden, vgl. Jung, Direkte Demokratie (wie Anm. 8), S. 44f.

**28** Vgl. zum Volksentscheid 1931: Hildegard Pleyer, Politische Werbung in der Weimarer Republik. Die Propaganda der maßgeblichen politischen Parteien und Gruppen zu den Volksbegehren und Volksentscheiden „Fürstenenteignung“ 1926, „Freiheitsgesetz“ 1929 und „Auflösung des Preußischen Landtages“ 1931, Münster 1959, S. 43-51.

**29** Im Land Oldenburg gab es 1931 einen erfolgreichen Volksentscheid zur Landtagsauflösung sowie 1932 einen erfolgreichen Gemeindeentscheid in West-Ratekau/oldenburgischer Landesteil Lübeck. Vgl. dazu Jan H. Witte, Unmittelbare Gemeindedemokratie der Weimarer Republik. Verfahren und Anwendungsausmaß in den norddeutschen Ländern, Baden-Baden 1997, S. 127, 139.

**30** RGBl, Teil II, Berlin 1919, S. 1396-1397.

**31** RGBl, Teil I, Berlin 1921, S. 1505-1529 (Reichsabstimmungsordnung); zuletzt geändert: RGBl, Teil I, Berlin 1924, S. 173-233; RGBl, Teil I, Berlin 1926, S. 224f.

**32** Gesetz über den Volksentscheid (VEG), in: RGBl, Teil I, Berlin 1921, S. 790-796; vgl. zur Genese Schwieger, Volksgesetzgebung (wie Anm. 27), S. 43-47.

**33** §§ 7 und 33 VEG, in: RGBl, Teil I, 1921, S. 791, S. 795 sowie §§ 8 und 9 VEG i.V.m. der Reichsabstimmungsordnung, § 21 sowie Anlage 6.

**34** Vgl. etwa: Bekanntmachung Stimmscheine, in: AN, 8.6.1926; Bekanntmachung für Seeleute, in: ebd.; Wählerlisten einsehen!, in: KNN, 9.6.1926.

**35** § 21 des VEG, in: RGBl, Teil I, Berlin 1921, S. 793 und § 42 VEG (Zahl der Stimmberechtigten), S. 796; vgl. Die Zählung zum Volksentscheid, in: KNN, 18.6.1926.

**36** Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1926 („Kosten des Volksentscheids, Zahl der öffentlichen Versammlungen und verbreitetes Agitationsmaterial“), abgedruckt in: Pleyer, Politische Werbung (wie Anm. 28), Anhänge, S. 2-3; vgl. auch Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 807.

**Volksbegehren und Volksentscheid.** In der Weimarer Republik hat es mehrere Volksgesetzgebungsverfahren gegeben, von denen drei über den Antrag nicht hinaus kamen (Bodenreform 1922/23, Aufwertung der Geldvermögen 1926/27, Rücknahme von sozialpolitischen Notverordnungen 1932). Zu Eintragungsverfahren bzw. Abstimmungen kam es 1926 (Fürstenenteignung), 1928 (Verbot des Panzerkreuzerbaus) und 1929 (Anti-Young-Plan-Gesetz).<sup>27</sup> In Preußen folgte im August 1931 außerdem der Volksentscheid für die Landtagsauflösung<sup>28</sup> und auch im oldenburgischen Landesteil Lübeck fanden Plebiszite statt<sup>29</sup>.

Rechtlich basierten Plebiszite auf den Artikeln 73 bis 76 der Weimarer Reichsverfassung<sup>30</sup> oder den Landesverfassungen und entsprechenden Ausführungsgesetzen und -verordnungen;<sup>31</sup> auf Reichsebene bildete das „Gesetz über den Volksentscheid“ (VEG) die Grundlage.<sup>32</sup> Damit war ein zweistufiges Verfahren der direkten Demokratie eingeführt worden: am Anfang stand ein Volksbegehren, dessen Inhalt bei Erfolg im Reichstag zu debattieren war und nach dessen Ablehnung musste zwangsläufig ein den Reichstag bindender Volksentscheid folgen.

Für ein Volksbegehren mussten sich die abstimmungsberechtigten Frauen und Männer ab 20 Jahren in Listen eintragen, die in den Gemeindeverwaltungen zeitlich befristet öffentlich auslagen.<sup>33</sup> Bei einer Zustimmung von zehn Prozent aller Wahlberechtigten musste sich der Reichstag mit dem Volksbegehren beschäftigen und bei einer Ablehnung folgte zwingend ein Volksentscheid. Für letzteren galten sämtliche Regeln wie bei einer normalen Wahl, so dass die Abstimmungsberechtigten sowohl im Vorwege wie auch in den Wahllokalen mit den ihnen vertrauten Abläufen rechnen konnten:<sup>34</sup> Abstimmungsvorstände prüften die Wählerlisten und die Wahlberechtigung, und es standen Wahlkabinen für die Stimmabgabe zur Verfügung. Bei einer Zustimmung von mindestens 50 Prozent aller Abstimmungsberechtigten war ein Volksentscheid angenommen, was in der Praxis auf Reichsebene nie gelingen sollte.<sup>35</sup>

**Die Befürworter der Fürstenenteignung.** In Schleswig-Holstein engagierte sich die SPD am stärksten für das Plebiszit, wofür die 228 lokalen Versammlungen für das Volksbegehren und 363 für den Volksentscheid ebenso ein Beleg sind wie die unzähligen Flugschriften, Broschüren und ausgehängten Plakate.<sup>36</sup> Gleich zu Beginn der Eintragsfrist für das Volksbe-



Die SPD versuchte auch die christliche Bevölkerung anzusprechen und setzte dabei auf einen reichsweit agitierenden Berliner Pfarrer als Redner.

Aus: Kieler Neueste Nachrichten, 11.3.1926

gehren warnte die Partei ihre Anhänger: „Aus den verschiedenen Landesteilen kommen Meldungen, daß reaktionäre Gemeindevorsteher das Volksbegehren zu sabotieren versuchen, indem sie die ihnen übermittelten Einzeichnungslisten nicht auslegen oder an die Absender zurückschicken.“<sup>37</sup>

Die SPD setzte auf Informationskampagnen, Erläuterungen zu den laufenden Fürstenprozessen, Rededispositionen, die in der Regel alles von der Vermögensbeschlagnahme 1918 über die Gerichtsverfahren bis hin zu Gegenstimmen und den parlamentarischen Lösungsversuchen enthielten, und zielgruppenspezifische Propaganda für Bauern, Beamte, Kirchgänger, Intellektuelle und Frauen.<sup>38</sup> Letztere sprach die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ durch mehrere Artikel gezielt an, wobei das Frauenbild der Sozialdemokraten paternalistische Züge trug: „Man wirft Frauen so oft Mangel an politischer Reife vor, ein Mangel der durch Nichterziehung hervorgerufen wurde. Bedarf es in diesem Falle viel an politischer Reife? Spricht hier das menschliche Empfinden nicht stärker als jede Vernunft? (...) Allen reaktionären Kreisen gilt es zu beweisen, daß auch die Frauen sich ihrer bürgerlichen Pflicht bewußt sind, daß ihnen das Wohl des ganzen Volkes mehr wert ist, als die Befriedigung der Habgier einiger verantwortungsloser Fürsten.“<sup>39</sup> Eine weitere Zielgruppe stellten die Christen dar, die aufgrund der Ableh-

<sup>37</sup> Das Volksbegehren, in: SHVZ, 25.2.1926.

<sup>38</sup> Vgl. Pleyer, Politische Werbung (wie Anm. 28), S. 62, 72; Frauen, zeichnet Euch ein!, in: SHVZ, 8.3.1926; Beamte, zeichnet Euch ein!, in: ebd., 16.3.1926.

<sup>39</sup> Frauen und Mütter!, in: SHVZ, 13.3.1926; vgl. auch: Die Landesmutter, in: SHVZ, 10.3.1926.

Die SPD war die einzige Partei in Schleswig-Holstein, die beim Volksbegehren beständig auf Karikaturen für die Propaganda setzte.

Aus: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 12.3.1926

Rechte Seite:

In der Woche vor der Abstimmung bestimmte diese praktisch vollständig die Titelseiten der SPD-Parteizeitung in Kiel.

Aus: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 18.6.1926

## Wilhelms Abfindungstraum

oder: Was verhindert werden muß!



Wilhelm von Doorn und seine ehemals mitregierenden Kumpane wiegen sich in den letzten Träumen von Abfindung, Geldhehler in die angestammten Herrschhäuser und sonstigem Unzug.

So würde Deutschland aussehen, wenn die Träume Wirklichkeit werden sollten. Best die Herrschaften unsonst auf, indem ihr geliebten Mann und Frau, eure Namen in die Listen des Volksbegehrens einzeichnen!

**40** Anzeige „Christentum und Fürstenenteignung“, in: KNN, 11.3.1926; Anzeige: „Gegen die Forderungen der Fürsten!“, in: ebd., 14.3.1926; vgl. dazu auch Thomas Kluck, Protestantismus und Protest in der Weimarer Republik. Die Auseinandersetzungen um Fürstenenteignung und Aufwertung im Spiegel des deutschen Protestantismus. Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 197-205.

**41** Augen auf!, in: SVHZ, 1.3.1926; Demokraten und Volksbegehren, in: SHVZ, 2.3.1926; Noch keine Mehrheit für das [sic] Kompromiß, in: SHVZ, 10.3.1926.

**42** Zu den Karikaturen siehe etwa: Der Unersättliche, Reaktionäre Hilfe, in: SHVZ, 8.3.1926; Die Internationale der Fürsten. Wilhelm der II. im Weltkrieg, in: ebd., 5.3.1926; Fürstliche Steuerdrückeberger, in: ebd., 10.3.1926; Kampf dem Fürstenraubzug!, in: ebd., 27.2.1926.

**43** Volk, jetzt entscheide!, in: SHVZ, 13.3.1926.

**44** 10 bis 12 Millionen. Glänzender Sieg der Republik, in: SHVZ, 18.3.1926.

**45** Die Fürsten oder das Volk?, in: SHVZ, 26.5.1926; Der Volksentscheid – eine Kulturfrage, in: ebd., 28.5.1926; Ankündigung einer Versammlung mit Toni Jensen in Neumünster am 16.6.1926, in: ebd., 14.6.1926; siehe dazu auch die Polemik gegen Louise Schroeder: Bewußte Lügen, in: OHTB, 6.6.1926; Frauen und Mädchen, in: SHVZ 18.6.1926.

nung des Volksbegehrens durch die Kirchen bewusst durch einen reichsweit agitierenden Pfarrer beworben wurden, der auch mehrfach in Kiel auftrat.<sup>40</sup>

Frühzeitig schwor die Zeitung die Parteigenossen darauf ein, Fälle von sozialer Kontrolle und Druckausübung zu melden, kritisierte die Zurückhaltung der DDP-Reichstagsfraktion und berichtete ausführlich über die Kompromiss-Verhandlungen.<sup>41</sup> Sie druckte diverse Anti-Fürsten-Karikaturen ab, klärte über die Haltung der Fürsten im Ersten Weltkrieg sowie deren Steuermoral auf und veröffentlichte Aufstellungen zu ihrem Vermögen.<sup>42</sup> Über die Rechtmäßigkeit von deren Besitz hieß es: „Die Geschichte der deutschen Fürstenhäuser und die Entwicklungsgeschichte ihres sogenannten Eigentums strotzt von Entrechtung, Gewaltakten, Betrug und Raub. Sie rissen vieltausendfach das Eigentum der Bauern und Städter an sich (...) Sollen wir einen verruchten ‚Besitz‘ respektieren, der aus einer Zeit der Rechtsvergewaltigung, der Rechtlosigkeit des Volkes, des Fürstendespotismus herrührt, aus einer Zeit, da die Fürsten Gut und Blut der ‚Untertanen‘, Land und Leute als ihr Eigentum betrachteten? (...) Das deutsche Volk will nicht noch einmal für die früheren Fürsten verhungern und verderben! Jeder Volksgenosse, der sich selber achtet und sein Volk liebt, schreibt aus sozialen und nationalen Gründen und um der Gerechtigkeit willen seinen Namen in die Listen ein!“<sup>43</sup> Für Schleswig-Holstein stellte eine öffentliche Kundgebung mit dem Reichstagsabgeordneten Julius Leber in Kiel am Sonntag, den 14. März 1926, den Höhepunkt des Abstimmungskampfes für das Volksbegehren dar und dessen Erfolg wurde entsprechend gefeiert.<sup>44</sup> Auch beim nachfolgenden Volksentscheid setzte die Partei auf sachliche Aufklärung, sprach mit sozialen Umverteilungsargumenten gezielt Frauen an,<sup>45</sup> versuchte die Landarbeiter an die Urne zu bringen und mobilisierte durch Beilagen der Gewerk-





**46** Der Volksentscheid. Ausführungsbestimmungen für Preußen, in: SHVZ, 28.5.1926; Wahlterror unmöglich!, in: ebd., 15.6.1926; Brecht den Terror! Überwacht die Abstimmungslokale!, in: ebd., 17.6.1926; Beilage: Der Freie Gewerkschafter, in: ebd., 28.5.1926 und 11.6.1926; Reichsbanner heraus!, in: ebd., 4.6.1926.

**47** Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 774-777.

**48** Beilage: Der Freie Gewerkschafter, in: SHVZ, 11.6.1926; ebenso die Beilagen in: ebd., 28.5.1926 und 11.6.1926.

**49** Reichsbanner heraus!, in: SHVZ, 4.6.1926; Veranstaltungsankündigung mit dem RB-Gausekretär Karl Meitmann, in: Brunsbüttelkooger Zeitung (BBZ), 19.6.1926.

**50** Im Trommelfeuer, in: SHVZ, 18.6.1926; Wilhelm der Geizige, in: ebd., 16.6.1926; Michel, du sollst zahlen!, in: ebd., 18.6.1926; zur Agitation auf dem Land siehe die Anzeigen in den Eiderstedter Nachrichten (EIN) vom 10.6. und 15.6.1926 (u.a. in Tating, Welt, Poppenbüll, Garding); Massen heraus! (Kundgebung am 19.6.1926), in: SHVZ, 18.6.1926.

**51** Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 91-93; Pleyer, Politische Werbung (wie Anm. 28), S. 89.

**52** An alle Betriebszellen und Distrikte und Ortsgruppen, KPD BL Wasserkante, Hamburg 5.1.1925, LAS, Abt. 301, Nr. 4525.

**53** Alle Informationen und Hinweise aus LAS, Abt. 301, Nr. 4525 (Berichte der Landräte und Polizeipräsidenten zu den Aktivitäten der KPD Wasserkante mit Abschriften von KPD-internen Rundschreiben und Besprechungen; ein Beleg dafür, wie gut die Behörden die Partei „unterwandert“ hatten).

**54** Schreiben des Landrats in Plön vom 8.3.1926 an den Oberpräsidenten in Kiel; Schreiben des Polizeipräsidenten Altona-Wandsbek vom 13.3.1926, LAS, Abt. 301, Nr. 4525. Der Rote Landsonntag wurde von den Landräten als Misserfolg bewertet, vgl. dazu Schreiben, ebd., LAS, Abt. 301, Nr. 4542.

schaften und Appelle an das Reichsbanner auch deren Mitglieder.<sup>46</sup> Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund lehnte eine aktive oder gar finanzielle Beteiligung an der Kampagne ab,<sup>47</sup> doch stellte er in Kiel seine Zeitschrift „Der Freie Gewerkschafter“ für die Fürstenenteignungskampagne zur Verfügung: „Gewerkschaftsmitglieder! Unterstützt die Sammlungen für den Volksentscheid, jeder nach seinen Kräften. Eure Beiträge müssen den Weg zum Sieg bahnen. Zum Sieg des freien Volkes über seine Unterdrücker. Zum Sieg der deutschen Republik über ihre Feinde. Der Wille des arbeitenden Volkes muß das Recht des neuen Staates bestimmen.“<sup>48</sup> Auch das Reichsbanner hielt sich formal wegen seiner proklamierten Neutralität eher zurück, denn zu gegensätzlich waren die Interessen von Mitgliedern aus dem Zentrum, der DDP und der SPD und so blieben Versammlungen für den Volksentscheid die Ausnahme.<sup>49</sup>

Kritik der und Polemiken über die Abstimmungsgegner, Informationen zum Privatvermögen von Wilhelm II., eine Anti-Fürsten-Karikatur auf der Titelseite sowie Versammlungen im ländlichen Raum und eine zentrale große Abschlusskundgebung in der Kieler Nordostseehalle mit dem wichtigsten wortführenden Protagonisten der SPD im Reichstag, Alwin Sänger, beschlossen den Abstimmungskampf.<sup>50</sup>

Als verbal-radikalste Befürworterin des Plebiszits gerierte sich die KPD, die sich einerseits endlich aus der Isolation nach dem kommunistischen Aufstand von Oktober 1923 heraus bewegen, andererseits mit der Fürstenenteignungskampagne die sozialdemokratische Arbeiterschaft und andere bisher noch unerschlossene Wählergruppen für sich gewinnen wollte.<sup>51</sup> Ende Dezember 1925 fand in Altona eine erste große Demonstration mit 2500 Menschen statt, und es folgten Anfang Januar 1926 Kampagnen in Betrieben: „Allmählich und langsam kommt die Kampagne gegen die Fürstenabfindung für einen Volksentscheid auch in den Betrieben in Gang. Wichtige Betriebe haben durch die Arbeit unserer Zellen mit den Stimmen der sozialdemokratischen Arbeiter Resolutionen und Beschlüsse angenommen, die für die restlose Enteignung der Fürsten und für einen Volksentscheid sind“, so die KPD-Bezirksleitung Wasserkante.<sup>52</sup>

Am 27. Januar folgte der Versuch einer flächendeckenden Agitation in möglichst vielen Kreisen Schleswig-Holsteins, wobei eine Kundgebung in Kiel angesichts von 1200 Teilnehmenden einer der erfolgreichsten Veranstaltungen gewesen sein dürfte.<sup>53</sup> Die Partei versuchte, den am 28. Februar angesetzten „Roten Landsonntag“ sowie die Internationale Frauenwoche im März für die Anti-Fürstenpropaganda auszunutzen, jedoch waren die beiden Kampagnen eher mäßig erfolgreich.<sup>54</sup>

Reichsweit betrieb sie, gemessen an der SPD, einen leicht geringeren Aufwand, doch dürfte ihre Radikalität und so manche ihrer ausgegebenen Parolen das ihre zum Erfolg der Kampa-

# Keinen Pfennig!

Von Hans Bauer.

Wißt ihr noch damals? Verfrachtet wie Vieh,  
Zerfressen von Linsen, gepeinigt von Wanzen,  
So fuhr ihr ins Fener. Für wen denn? Für die!  
Für eure Fürsten und ihre Schranzen.  
Die lagen abends in weichem Neste.  
Die fuhren im Auto, die feierten Feste.  
Ihr mußtet hungern, ihr mußtet dürsten!  
Keinen Pfennig den Fürsten!

Ihr tragt ener Päckchen und ihr rackert euch ab.  
Ihr schuftet für Essen und Miete und Kleidung.  
Ihr habt immer zu würgen und immer ißt knapp.  
Di: kennen das alles nur aus der Zeitung.  
Die kennen nur Privilegien und keine Pflichten.

Die wollen nicht auf ihre Mätressen und Diener  
Auf keine von ihren Extrawürsten. **Verzichten,**  
Keinen Pfennig den Fürsten!

Die kennen kein Volk. Ihr seid für sie Pack.  
Die haben euch früher aus Ausland verhandelt  
Und leben jetzt dort ihren guten Tag.  
Es ist Zeit, daß ihr dreinhaut, daß ihr euch verwandelt.  
Wollt ihr ihnen Geld in die Taschen quetschen,  
Mit dem sie euch später niederkartätschen?  
Es gilt, sie wider den Strich zu bürfen!  
Keinen Pfennig diesen Fürsten!!!

In Wahlkämpfen durchaus üblich: Gedichte als Agitationsmittel.

Aus: Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung, 19.6.1926

gne beigetragen haben.<sup>55</sup> Gerade die Losung „Keinen Pfennig den Fürsten“<sup>56</sup> und die Karikaturen auf Flugblättern, aber auch die Polemiken gegen die Sozialdemokratie fanden weite Verbreitung.<sup>57</sup>

Neben SPD und KPD unterstützte noch der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen“ mit seinen reichsweit 400 000 Mitgliedern das Plebiszit mit sozialpolitischen Argumentationen: „Jeder einzelne weiß, wie schwer es fällt, vom Reich, Staat und Gemeinde für obengenannte Kreise Mittel zu erhalten, um das soziale Elend auf das allerbescheidenste Maß herabzumindern. Um jeden Pfennig Rentenerhöhung, um jeden kleinen Fortschritt in der Fürsorge muß in allen Parlamenten erbittert gekämpft werden. Immer wird uns entgegengehalten, wir haben keine Mittel, wir können ihre Forderungen nicht erfüllen. (...) Wir fordern daher nicht nur alle sozial Hilfsbedürftigen, sondern auch alle Staatsbürger auf, ihre staatsbürgerliche Pflicht und ihr staatsbürgerliches Recht auszunützen und am 20. Juni mit ja zu stimmen.“<sup>58</sup>

Schwieriger stellte sich die Situation für die DDP als Regierungspartei dar, denn die Parteiführung wollte sich den Druck der Volksbewegung für die Durchsetzung ihrer Positionen bei der Suche nach einem Kompromiss im Reichstag zu Nutze machen.<sup>59</sup> Gleichzeitig gab der Parteivorstand die Beteiligung am Volksentscheid frei,

<sup>55</sup> Die Anzahl der Versammlungen und der Werbung ist in der Literatur umstritten. Die Zahlen bei Pleyer, Politische Werbung (wie Anm. 28), S. 90, FN 3, erscheinen angesichts der Quellen viel zu niedrig. Dagegen spricht Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 808f., von 5,5 Millionen Flugblättern.

<sup>56</sup> Selbst die SHVZ griff am 19.6.1926 durch den Abdruck des Gedichts „Keinen Pfennig!“ von Hans Bauer diese Parole auf.

<sup>57</sup> Vgl. Pleyer, Politische Werbung (wie Anm. 28), S. 96f.; Artikel der „Roten Fahne“ wurden immer wieder durch die bürgerliche Presse auf- und angegriffen, vgl. etwa: Frauen, sind das eure „Schwestern“?, in: OHTB, 20.6.1926.

<sup>58</sup> Aufruf! in: KNN, 19.6.1926; vgl. reichsweit Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 778f.

<sup>59</sup> Sitzung des Parteiausschusses am 10.3.1926, in: Linkliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933, eingeleitet durch Lothar Albertin, bearbeitet von Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin, Düsseldorf 1980, S. 384, 387f.; vgl. dazu Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 751-759.

Zeitungsanzeigen ohne „Absender“ waren im Wahlkampf der Weimarer Republik nicht so selten. Eine klare Zuordnung zu den Parteien ist deshalb nicht immer möglich.

Aus: Anzeiger für das Fürstentum Lübeck, 18.6.1926

**Wähler und Wählerinnen!**

Wer am Sonntag zu Hause bleibt und nicht an der Abstimmung teilnimmt, verjündigt sich an seiner Familie und an sich selbst.

Wer den Einflüsterungen deutschnationaler Machenschaften Folge leistet, begeht eine Torheit, die nie wieder gut zu machen ist.

**Bleibt darum am Sonntag nicht zu Hause und übt Euer Stimmrecht aus.**

**Wähler und Wählerinnen!**

Ihr habt ein Kreuz in das Feld zu machen, wo ein gedrucktes „Ja“ übersteht

So sieht der Stimmzettel aus:

„Ja“                      „Nein“



**So habt Ihr zu machen!**

<sup>60</sup> Sitzung des Vorstandes am 20.5.1926, in: Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 59), S. 398.

<sup>61</sup> Vgl. dazu die Anzeigen der DDP in den regionalen Zeitungen, etwa: Wähler!, in: KNN, 19.6.1926.

<sup>62</sup> Zentralausschuß der kommunalen Vereine zu Altona, sowie: Altonaer Bürgerverein, in: AN, 17.6.1926; Beilage: Was bedeutet der Volksentscheid für Dich? (Flugblatt des „Bürgerbunds für Hamburg, Altona und Wandsbek“), in: AN, 19.6.1926; Freier Meinungs-austausch, in: AN, 18. und 19.6.1926.

<sup>63</sup> Die Reichsregierung kämpft mit, in: AN, 19.6.1926.

weil „wir Beschlüsse fassen können, wie wir wollen – große Teile unserer Wähler haben ihre Stellung schon zugunsten der Enteignung eingenommen“, so der Parteivorsitzende im Mai 1926.<sup>60</sup> Diese Position vertrat die Partei auch offensiv im Wahlkampf<sup>61</sup>, und sah sich deswegen scharfer Kritik im bürgerlichen Lager ausgesetzt.<sup>62</sup> Das Grunddilemma der DDP verdeutlicht ein Bericht in den „Altonaer Nachrichten“ am Ende des Abstimmungskampfes: „Im Punkte der Enteignung steht ein Teil der deutschen Bevölkerung im sichtbaren Gegensatz zu der Auffassung des Kanzlers. Es sind diejenigen Kreise, die durch die Inflation ihren Besitz eingebüßt haben und mit der durch Reichsgesetz festgelegten Aufwertung nicht zufrieden sind. Es wird kaum möglich sein, diese Gegensätze zu überbrücken.“<sup>63</sup>



**Die bürgerlichen Hauptgegner des Plebiszits.** DNVP, DVP, Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP), Wirtschaftspartei und die Vereinigten Vaterländischen Verbände organisierten die so genannte „Fürstenabwehr“ in einem „Arbeitsausschuss zur Durchführung des Abwehrkampfes gegen den Volksentscheid“.<sup>64</sup> Dies spiegelte sich auch auf regionaler Ebene in gemeinsamen Aufrufen wider, wobei die Völkischen und die Nationalsozialisten nicht immer beteiligt wurden.<sup>65</sup>

Am stärksten gegen die Fürstenenteignung trat in Schleswig-Holstein die DNVP auf, wobei sie ähnlich wie die (Evangelische) Kirche mit dem Problem zu kämpfen hatte, dass sie einerseits nach der Hyperinflation faktisch für die Enteignung ganzer Bevölkerungsgruppen zugunsten des Staates eingetreten war, und sich nun andererseits gegen die Enteignung der Fürstenvermögen aussprach.<sup>66</sup> Je nach Region fiel die Strategie der Partei unterschiedlich aus: Insgesamt setzte sie eher auf Mitgliederversammlungen denn öffentliche Kundgebungen,<sup>67</sup> platzierte polemische Beiträge ihrer Parlamentsabgeordneten in bürgerlichen Zeitungen<sup>68</sup> und hob auf vermeintliche Unterschlagungsskandale und Korruption der politischen Gegner ab.<sup>69</sup> Gleich zu Beginn des Volksbegehrens schaltete sie Gegenanzeigen mit folgenden Parolen: „Der Volksentscheid ist die Generalprobe für die Bolschewisierung Deutschlands! Was heute den Fürsten geschieht, kann morgen gegen Dich unternommen werden.“<sup>70</sup> Auf ihrer Nordmark-Tagung im März 1926 spielten dagegen die Minderheiten- und Schulpolitik die zentrale Rolle, und selbst in der Rede des Reichstagsabgeordneten Ernst Oberföhrer ging dieser nur relativ kurz – und ohne antisemitische Ausfälle – auf das Volksbegehren ein: „Die Forderung der Enteignung dieser Vermögenswerte ist nur ein Agitationsmittel, berechnet auf die dumpfen Instinkte der Straße, im Grunde handelt es sich um nichts weniger als um einen konzentrierten Generalangriff auf das Privateigentum überhaupt, um Bolschewisierung auf kaltem Wege. Gelingt die Konfiskation der Fürstenvermögen, dann liegen auch die Vermögen der

Die DNVP schürte die Angst vor weiteren Enteignungskampagnen der Arbeiterparteien und versuchte, die Furcht eines Teils der Bevölkerung vor dem Bolschewismus für ihre Zwecke zu nutzen.

Aus: Kieler Neueste Nachrichten, 20.6.1926

<sup>64</sup> Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 734-736; Pleyer, Politische Werbung (wie Anm. 28), S. 122.

<sup>65</sup> Anzeige: Am 20. Juni bleibt zu Hause!, in: OHTB, 13.6.1926; Anzeige: In letzter Stunde!, in: ebd., 19.6.1926; Anzeige: Keine Stimme zum Volksentscheid am 20. Juni, in: Flensburger Nachrichten (FN), 16.6.1926; Anzeige: Bleibt der Abstimmung am 20. Juni fern, in: Neustädter Tageblatt (NT), 18.6. und 20.6.1926.

<sup>66</sup> Vgl. Kluck, Protestantismus (wie Anm. 40), S. 93, 95, 97.

<sup>67</sup> Nordmark-Tagung der Deutschnationalen Volkspartei, in: OHTB, 12.3.1926; Ankündigungen im OHTB, 15.6.1926 (Versammlung in Plön; MV in Nettelsee und Wankendorf).

<sup>68</sup> Beteiligt Euch nicht am Volksentscheid! (Mdl Johann Howe, DNVP), in: KNN, 18.6.1926; Rechtsstaat oder Raubstaat (Mdl Paul Rüsser, DNVP), in: OHTB, 12.6.1926.

<sup>69</sup> Warum... Weil..., in: OHTB, 13.6.1926; Beteiligt Euch nicht am Volksentscheid!, in: KNN, 18.6.1926; vgl. Pleyer, Politische Werbung (wie Anm. 28), S. 139.

<sup>70</sup> Anzeige der DNVP: Volksentscheid!, in: KNN, 4.3.1926; Anzeige: Dringende Warnung!, in: KNN, 16.3.1926; Anzeige: Volksentscheid!, in: Anzeiger für das Fürstentum Lübeck (AFL), 9.3.1926.

Die Angst vor möglichen weiteren Enteignungen war im bürgerlichen Lager weit verbreitet.

Aus: Brunsbüttelkooger Zeitung, 18.6.1926

**71** Nordmark-Tagung der Deutschnationalen Volkspartei, in: OHTB, 12.3.1926.

**72** Bis auf eine Anzeige der DDP vom 19.6.1926 und eine Anzeige des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten waren es vom 9. bis zum 20.6.1926 alles Anti-Volksentscheid-Anzeigen, zumeist der DNVP.

**73** Erklärungen führender Frauen, in: KNN, 16.6.1926; Nicht abstimmen!, in: KNN, 20.6.1926.

**74** Deutschnationale Tagung, in: KNN, 7.6.1926; Gegen rechtswidrige Enteignung. Was tue ich am 20. Juni?, in: KNN, 11.6.1926.

**75** KNN, 17.6. und 18.6.1926.

**76** Recht und Fürstenenteignung, in: OHTB, 9.6.1926.

**77** Zweierlei Maß, in: OHTB, 13.6.1926.

**78** Politische Rundschau, in: OHTB, 6.3.1926.

Im Gegensatz zur SPD-Agitation stellten Karikaturen der Abstimmungsgegner in den Zeitungen eine ganz seltene Ausnahme dar.

Aus: Ost-Holsteinisches Tageblatt, 15.6.1926



Kirche, der Landwirtschaft und der Großindustrie dem bolschewistischen Zugriff offen. Das mit großem Tamtam in Szene gesetzte Volksbegehren ist Unfug allergrößter Sorte und es ist höchste Zeit, diesen Unsinn abzudrehen“.<sup>71</sup>

Da die bürgerlichen Generalanzeiger und die kleineren Heimatblätter das Plebiszit ablehnten, konnte die Partei auf deren Unterstützung bauen. Gerade in der größten Tageszeitung, den „Kieler Neuesten Nachrichten“, fanden sich Anzeigen,<sup>72</sup> Artikel,<sup>73</sup> Berichte über Parteiversammlungen<sup>74</sup> und Banner mit Parolen gegen die Fürstenenteignung.<sup>75</sup> Durchgängig klang in allen Veröffentlichungen der bürgerlichen Presse die Angst vor weiteren Enteignungen, dem Aufkommen einer kommunistischen Diktatur, der „Weltrevolution“<sup>76</sup> und einer „Bolschewisierung“ der Gesellschaft an, wobei im „Ostholsteinischen Tageblatt“ antisemitische Töne gegenüber der DDP hinzukamen: „Sie wissen, daß das, was den Fürsten gestohlen werden kann, eine Bagatelle ist im Vergleich zu den Riesenvermögen, um die die Ostjuden seit dem Kriege das deutsche Volk geschöpft haben, ein Nichts im Vergleich zu den für das Volk unfruchtbaren Kapitalien der jüdischen Großbanken.“<sup>77</sup> Die Bezeichnung des Plebiszits als „kommunistisch-sozialistische jüdische Aktion“ stellte einen Gipfel solcher Denunziationen dar.<sup>78</sup>

Gegenüber den Anstrengungen der DNVP fielen die Aktivitäten der DVP in Schleswig-Holstein eher bescheiden aus. Deren

## Drei Bilder zur Fürstenenteignung.

Ober: Wie Sozialdemokraten und Kommunisten sich die Zukunft denken.



I. Es fängt es mit den Fürsten an.



II. Dann nimmt man sich der Kirche an.



III. Und schließlich kommt Du, Bauer, dran!

# Es geht um Haus u. Hof

Das Kabinett Marx hat die Stellungnahme der bisherigen Reichsregierung übernommen, daß zur Annahme des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürstenthümer die Mehrheit der Wahlberechtigten mit „Ja“ stimmen muß. Soll das revolutionäre Volksbegehren diese Mehrheit finden, so müssen 20 Millionen Ja-Stimmen abgegeben werden. Wir haben niemals „weife“ baron gelassen, daß es für uns nur **entscheidendsten Kampf** gegen die kommunistischen Angriffe auf die Eigentumsvererbung der Grundbesitzer unseres Staates geben kann. Sammelt die Waffen und brecht der Wahrheit die Waise durch die Ketten der Heer- und Verleumder. Den Fürsten soll **gleiches Recht** werden, wie jedem anderen deutschen Staatsbürger.

---

**Es geht um den Bestand von Haus und Hof, von Nation und Reich.**

Unsere Parole lautet:

## Bleibt der Abstimmung am 20. Juni fern!

◆

Deutschnationale Volkspartei      Deutsche Volkspartei  
Reichsvereins Kiel                      Reichsvereins Kiel

Kreisverein der Haus- und Grundeigentümer des Kreises Bön  
des Kreises

Jungdeutscher Orden      Kreis-Bauernverein      Kreis-Landbund  
Stahlhelm B. d. F.

Parteiführung war vom Ausmaß der bürgerlichen Zustimmung zum Volksbegehren überrascht worden<sup>79</sup> und scheint sich lediglich an den gemeinsamen Anzeigen gegen die Fürstenenteignung beteiligt zu haben.<sup>80</sup> Weitere Akteure in der Anti-Enteignungsfront waren Interessenverbände von Bauern, Handwerkern oder auch Hausbesitzern, die zumeist durch Aufrufe oder Anzeigen gegen den Volksentscheid agierten: „Das Volksbegehren verlangt: Enteignung von Privateigentum. Wer das Privateigentum achtet, lehnt die Unterstützung des Volksbegehrens ab!“<sup>81</sup>

Am wirkungsvollsten dürfte aber die Unterstützung der Volksentscheid-Gegner durch den „Privatmann“ Hindenburg gewesen sein. Ein bewusst in der Presse lancierter Brief des Reichspräsidenten lieferte jedenfalls den Enteignungsgegnern gewichtige Argumente, um die Unentschlossenen im bürgerlichen Lager von ihrer Position zu überzeugen. Hindenburg führte darin aus: „Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank empfinde (...) Es verstößt gegen die Grundlage der Moral und des Rechts.“<sup>82</sup> Hindenburgs Ablehnung des Volksentscheids schlug sich in den Leserbriefrubriken („Folgt Hindenburg, dem Schützer des Rechts!“)<sup>83</sup> und in der Ab-

Die DVP beteiligte sich zumeist an Gemeinschaftsanzeigen und schaltete selbst nur wenige eigenständige Anzeigen in den Zeitungen.

Aus: Ost-Holsteinisches Tageblatt,  
6.6.1926

<sup>79</sup> Vgl. Ludwig Richter, Die Deutsche Volkspartei, Düsseldorf 2002, S. 421f.

<sup>80</sup> Anzeige: Bürger, Beamte, Angestellte, Arbeiter!, in: KNN, 20.6.1926; Anzeige: Achtung!, in: KNN, 19.6.1926; vgl. die Bewertung bei Pleyer, Politische Werbung (wie Anm. 28), S. 129, 132, FN 2.

<sup>81</sup> Anzeige des Haus- und Grundeigentümer-Vereins von Kiel und Umgebung: Dringende Warnung!, in: KNN, 16.3.1926; Politische Rundschau. Das Handwerk gegen den Eigentumsraub, in: OHTB, 11.6.1926; Anzeige des „Königin-Luise-Bunds. Ortsgruppe Meldorf“, in: Dithmarscher Landeszeitung, 18.6.1926; Anzeige: Es geht um Haus und Hof, in: OHTB, 6.6.1926.

<sup>82</sup> Der „Hindenburgbrief“ wurde in allen recherchierten Zeitungen diskutiert. Vgl. Hindenburg gegen Fürstenberaubung, in: KNN, 9.6.1926; Ein Hindenburgbrief zum Volksentscheid. Die persönliche Ansicht des Reichspräsidenten, in: AN, 8.6.1926; Der Präsident nimmt Partei, in: SHVZ, 8.6.1926; Hindenburg schreibt Wahlplakate, in: SHVZ, 9.6.1926

<sup>83</sup> Freier Meinungs-austausch, in: AN, 19.6.1926.

Propaganda und Gegenpropanda von gegeneinander konkurrierenden Wirtschafts- und Eigentümerverbänden zeigen auf, dass beide Seite versuchten, auch das gegnerische Lager zu erreichen.

Aus: Kieler Neueste Nachrichten,  
16.3.1926



**Dringende Warnung!**

Ein sogen. „Kieler Hausbesitzer-Bund“ fordert in einer Zeitungsannonce auf, das „Volksbegehren“ zu unterstützen. Demgegenüber berweisen wir auf die einmütige Willensäußerung unserer stark besuchten „Colosseums“-Versammlung.

**Das Volksbegehren verlangt:**

**Enteignung von Privateigentum.**

Wer das Privat-Eigentum achtet,  
**lehnt die Unterstützung  
des Volksbegehrens ab!**

Haus- und Grundrentenbesitzer-Verein von Kiel und Umgegend.

stimmungspropaganda nieder: „Die Parole Hindenburgs: Stimmenthaltung am 20. Juni“.<sup>84</sup>

Gleichzeitig stellte sich die Reichsregierung beim Volksentscheid auf die Seite der Gegner, so etwa Reichsinnenminister Wilhelm Külz (DDP): „Gerade weil ich auf dem Boden der demokratischen Republik stehe, bedauere ich diesen Volksentscheid aufrichtig“.<sup>85</sup> Parallel zum Plebiszit versuchte man von Januar bis Juni 1926, das Problem auf juristischem Wege zu lösen, wobei selbst nach 44 Sitzungen des Rechtsausschusses und über 100 Sonderkonferenzen ein tragfähiger Kompromiss nicht absehbar war.<sup>86</sup>

<sup>84</sup> KNN, 18.6.1926, Banner über der Seite.

<sup>85</sup> Zit. nach: Die Beschlagnahme der Fürstenvermögen unzulässig, in: OTHB, 20.6.1926; vgl. auch Reichskanzler Marx über die Fürstenenteignungsfrage, in: BBZ, 18.6.1926; Gegen die Enteignung der Fürstenhäuser. Marx und Külz zum Volksentscheid, in: NT 20.6.1926.

<sup>86</sup> Vgl. zum gesamten Vorgang Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 738-750.

<sup>87</sup> Vgl. die Kritik: 44 413 Unterschriften in Kiel, in: SHVZ, 16.3.1926.

<sup>88</sup> Politische Rundschau, OHTB, 18.3.1926; die KNN vom 19.3.1926 („Das Volksbegehren“) erwarteten 8 Millionen Eintragungen. Das OHTB vom 18.3.1926 („Politische Rundschau“) erwartete sogar einen Rückgang der Anzahl der Befürworter des Volksbegehrens zum Volksentscheid.

**Boycott-Aufrufe, Behinderungen und „Wahlterror“.** Bei Plebisziten bestand im Gegensatz zu Reichstagswahlen das Problem, dass deren Gegner einfach nur zum Boycott aufzurufen brauchten, während die Befürworter ihre Anhänger mobilisieren mussten. Deshalb hielten sich die ablehnenden bürgerlichen Zeitungen zum Volksbegehren bewusst zurück<sup>87</sup> und beschwichtigten dessen für die Gegner überraschend großen Erfolg: „Das Ergebnis des Volksbegehrens scheint nach den ersten Nachrichten die Ziffer der Stimmen bei weitem nicht zu erreichen, die Sozialisten und Kommunisten zusammen bei den letzten Wahlen auf sich vereinigt haben. Das muß zu dem Schluß führen, daß nicht einmal die ganze organisierte Wählerschaft der roten Parteien sich zum Eintreten für einen Diebstahlsakt bereitgefunden hat. Ein Erfolg ist für die rote Front nicht errungen. (...) Da von den bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten mit Sicherheit die Enthaltung proklamiert wird, so dürften zum Volksentscheid auch nicht mehr Wähler zur Urne gehen, als sich jetzt in die Listen eingetragen haben. Man darf sogar annehmen, daß es noch weniger sein werden.“<sup>88</sup>

Hinzu kamen im ländlichen Raum der soziale Druck durch Überwachung der Eintragungslokale, die Denunziation der Eintragenden



und Verstöße gegen die Auslegungsvorschriften seitens der Gutsvorsteher und Gemeindebehörden, etwa in Sterley im Kreis Herzogtum Lauenburg<sup>89</sup>, oder das Unterlaufen des Volksbegehrens durch schlecht erreichbare Eintragungsstellen, wie in Neuhaus im Kreis Plön.<sup>90</sup> Die Vielzahl der gemeldeten Verstöße riefen die Regierungsbehörden auf den Plan, doch veränderten deren Interventionen nicht zwangsläufig die Praxis vor Ort.<sup>91</sup> Auch beim Volksentscheid kam es in Preußen zu Rechtsverstößen, Wählerbeeinflussungsversuchen, sozialer Kontrolle der Wahllokale, dem Führen von Listen mit den Namen derjenigen, die zur Abstimmung gegangen waren, dem öffentlichen Anprangern der Wählenden oder auch dem Ausschluss aus Vereinen und der Drohung und Umsetzung von Entlassungen: „Der Amtliche Preußische Pressedienst warnt alle diejenigen, die die Stimmabgabe Untergegebener dadurch zu beeinflussen suchen, daß sie mit Entlassung oder ähnlichen Maßnahmen drohen.“<sup>92</sup> Geschäftsleute erwarteten Belästigungen und Boykottaktionen, falls sie der Abstimmung fern blieben,<sup>93</sup> die Altonaer DVP warnte vor Wahlfälschungen,<sup>94</sup> in Kiel bezichtigten sich Parteien und Verbände gegenseitig des „Wahlterrors“<sup>95</sup> und die Gewerkschaften rechnete mit massiven Behinderungen der Wahlberechtigten: „Durch Zureden und Drohungen will man versuchen, die stimmberechtigten Staatsbürger an der Abstimmung zu verhindern. Man scheut sogar nicht vor der Aufforderung zurück, durch Führung von schwarzen Listen eine Kontrolle auszuüben, um diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die beim Volksentscheid mit Ja stimmen, aus der Arbeit zu entlassen. (...) Die Arbeiter in den Städten und Industriebezirken müssen am 20. Juni entweder frühzeitig ihr Stimmrecht ausüben oder, soweit es noch möglich ist, sich einen Stimmschein besorgen, um dann beschleunigt aufs Land zu gehen zur Überwachung der Abstimmungslokale.“<sup>96</sup> Umgekehrt warnte der Reichslandbund: „Geschäftsleute aber und Arbeiter, die durch den Terror der Linksparteien gezwungen werden, zur Wahlurne zu schreiten, geben am besten leere Wahlzettelumschläge ab.“<sup>97</sup> Beide Seiten warfen sich also gegenseitig unlauteres Verhalten vor, doch dürfte angesichts der Ereignisse in den Gutsbezirken in den östlichen Reichsteilen<sup>98</sup> am ehesten davon auszugehen sein, dass die Gegner des Volksentscheids am längeren Hebel saßen und die Befürworter – gerade in der Landbevölkerung – nicht immer und überall gemäß ihrer Einstellung handeln konnten.

Kleine „Erinnerungs“-Parolen wie diese finden sich wiederkehrend in allen Wahlkämpfen in den Zeitungen der Weimarer Republik.

Aus: Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung, 19.6.1926



**89** Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, Berlin 1926, 138. Sitzung v. 2.3.1926, Spalte 9318.

**90** LAS, Abt. 320 Plön, Nr. 87. Schriftwechsel vom März 1926 zwischen dem Landrat in Plön, dem Gutsvorsteher in Neuhaus und dem Regierungspräsidium.

**91** Eintragungsverfahren für ein Volksbegehren, in: MinBlV, 3.3.1926, S. 183f.; Öffentlichkeit des Eintragungsverfahrens, in: ebd., S. 221; vgl. dazu Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 795, 800-802.

**92** Wahlboykott und Stimm Scheine, in: BBZ, 17.6.1926; Wahlterror verfassungswidrig, in: SHVZ, 16.6.1926; vgl. für ganz Preußen Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 968-975.

**93** Von vielen Geschäftsleuten, in: OHTB, 17.6.1926.

**94** Freier Meinungs austausch, in: AN, 19.6.1926.

**95** Dokumentiert in: Schreiben des Polizeipräsidenten Kiels vom 21.6. und 29.6.1926 (die Beschwerden wurden abgewiesen), LAS, Abt. 309, Nr. 23015.

**96** Brecht den Terror! Überwacht die Abstimmungslokale! (Aufforderung des ADGB, Berlin 16.6.1926), in: SHVZ, 17.6.1926.

**97** Gegen rechtswidrige Enteignung. Was tue ich am 20. Juni?, in: KNN, 11.6.1926.

**98** Große Anfrage Nr. 111, in: Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags (Drs. PrLT), 1. Bd., Berlin 1925, S. 4657f., Nr. 2983; Ergänzung zur Großen Anfrage Nr. 111, in: ebd., S. 4688, Nr. 3029 (beides Anfragen der KPD-Fraktion mit einer Aufzählung von Verstößen von Gemeindevorstehern in den östlichen Gutsbezirken); RT-Verhandlungen, Bd. 409, Drs. Nr. 2473 (Interpellation der KPD: Terrorisierung der Wähler beim Volksentscheid).

Ein Plakat der SPD als Beilage zur Parteizeitung sollte kurz vor der Abstimmung noch einmal alle Genossen zur Agitation für die Fürsteneignung mobilisieren. Aus: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 19.6.1926, Beilage



Die Unregelmäßigkeiten und der offene Widerstand gerade der Gutsbesitzer als Gemeindevorsteher beförderten in der Folge die Verabschiedung einer neuen preußischen Landgemeindeordnung, in der Ende 1927 auch die Auflösung der Gutsbezirke festgelegt wurde.<sup>99</sup>

<sup>99</sup> Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts. Vom 27.12.1927, in: PrGS 1927, S. 213 (§ 11).

<sup>100</sup> StDR, Bd. 332, Berlin 1926, S. 13, 28. In Schleswig-Holstein waren es 296.073 (29,2 Prozent) der Wahlberechtigten.

<sup>101</sup> RT-Verhandlungen, Bd. 390, 192 Sitzung v. 30.4.1926, Sp. 6945-6962.

**Das siegreiche Volksbegehren und der erfolgreiche Volksentscheid.** Die Eintragung für das Volksbegehren fand vom 4. bis zum 17. März 1926 statt und 12,5 Millionen Wahlberechtigte (31,8 Prozent) unterschrieben reichsweit die Gesetzesvorlage, während es in Schleswig-Holstein 29,2 Prozent waren.<sup>100</sup> Nachdem der Reichstag das Gesetz am 28. April mit großer Mehrheit ablehnte, folgte am 20. Juni 1926 der Volksentscheid.<sup>101</sup>

Am Abstimmungstag versuchten die Befürworter noch mit Propagandafahrten und Spielmannszügen ihre letzten Anhänger zu mobilisieren, die Gegner entsandten zum Teil Kontrolleure in die Wahl-

lokale und vereinzelt kam es zu Auseinandersetzungen beider Gruppen.<sup>102</sup> Im Norden des Landes mobilisierte die dänische Minderheit für den Volksentscheid,<sup>103</sup> was zumindest in ihrer Hochburg Harrislee im Landkreis Flensburg mit 55,5 Prozent Ja-Stimmen erfolgreich verlaufen sollte.<sup>104</sup>

Im Deutschen Reich stimmten 14,46 Millionen Wahlberechtigte mit Ja (36,4 Prozent), 585.714 mit Nein (1,5 Prozent) und fast ebenso viele gaben einen ungültigen Stimmzettel ab (558 995/1,4 Prozent). Aufgrund der Wahlbeteiligung von knapp 39 Prozent war der Volksentscheid damit an der 50-Prozent-Hürde gescheitert. Schleswig-Holstein lag mit 34,8 Prozent Zustimmung (353 005 Stimmen) leicht unter dem Reichsdurchschnitt, ansonsten war die Abweichung bei den Nein- und den ungültigen Stimmen nicht signifikant.<sup>105</sup>

Der relativ geringe Anstieg der Zustimmung zuerst zum Volksbegehren und dann zum Volksentscheid überraschte die zeitgenössischen Beobachter, da mit einer deutlicheren Steigerung gerechnet worden war.<sup>106</sup> Abgesehen von völlig irrealen Vorstellungen seitens der KPD, die 20 bis 25 Millionen Ja-Stimmen prognostiziert hatte,<sup>107</sup> bewertete selbst die DNVP das Ergebnis intern als Niederlage der eigenen Partei, was durch eine Aussage des DNVP-Hauptgeschäftsführers Weiß unterstrichen wird: „Wir wollen uns nichts vormachen, diese 15 Millionen bedeuten eine schwere Niederlage für uns.“<sup>108</sup> In der veröffentlichten Meinung hingegen sprachen die Gegner von der erwarteten Niederlage der Linken und forderten einen raschen Kompromiss im Reichstag,<sup>109</sup> wobei es im ländlichen Raum nicht an Polemiken gegen die „sozialdemokratisch-kommunistischen Agitatoren“<sup>110</sup> oder allgemein gegen Plebiszite fehlte: „Es ist ein ganz unsinniger Gedanke, dass die Masse des Volkes als höchste Instanz über Fragen entscheiden soll, die unter Umständen für unsere zukünftige Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein können. Denn der Masse fehlt die Übersicht und die Sachkenntnis und deshalb hat demagogische Verhetzung über sie die größte Macht.“<sup>111</sup>

Da im Reichstag in der Folge alle weiteren Kompromissversuche zur Fürstenabfindung scheiterten,<sup>112</sup> regelten die Länder die offenen Fragen durch Verträge. In Preußen wurde gegen große Widerstände innerhalb der SPD-Fraktion ein Vertrag mit den Hohenzollern durchgesetzt und damit endete die Debatte um die Fürstenabfindungen.<sup>113</sup>

**Wahlstatistische Analyse der Abstimmungsergebnisse.** Für das Plebiszit sind reichsweit nur die Ergebnisse der Land- und Stadtkreise überliefert worden, so dass Angaben für die Gemeinden durch zusätzliche Erhebungen aus den Zeitungs- und Aktenquellen ergänzt werden müssen.<sup>114</sup> Neben den Lücken in der Datenüberlieferung treten noch weitere Probleme hinzu, etwa die Frage nach der Stringenz von Vergleichen zwischen den Ergebnissen eines

**102** Vgl. dazu die Beschreibungen zu Altona (Der Volksentscheid, in: AN, 21.6.1926), Kiel (56837 Ja-Stimmen in Kiel, in: SHVZ, 21.6.1926), Itzehoe (Aus unserer Stadt, Beilage, in: Itzehoer Nachrichten [IN], 22.6.1926); Bewertung des Regierungspräsidiums vom 23.7.1926, LAS, Abt. 320 Plön, Nr. 87; zum Abstimmungsverfahren siehe MinBIV, 25.5.1926, S. 491-502.

**103** Bericht des Staatlichen Grenzkommissariats Flensburg am 22. Juni 1926: Die Dänen beim Volksentscheid, LAS, Abt. 309, Nr. 23015.

**104** Die Abstimmung im Landkreis Flensburg, in: FN, 21.6.1926. Nur in Kupfermühle gab es mit 78 Prozent Zustimmung und einer Wahlbeteiligung von 81,3 Prozent ein noch besseres Ergebnis. In beiden Gemeinden lag das absolute Stimmergebnis über dem für SPD, KPD und SV bei der Reichstagswahl vom Dezember 1924 (FN, 8.12.1924).

**105** StDR, Bd. 332, S. 6f., S. 13, 26.

**106** Vgl. Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 987f.

**107** Bezirk Wasserkante der KPD an alle Ortsgruppen, Hamburg, 15.5.1926, LAS, Abt. 301, Nr. 4526.

**108** Zitiert nach Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 1006.

**109** Die Fürstenenteignung ist abgelehnt, in: KNN, 21.6.1926; 15 Millionen fordern Fürsten-Enteignung!, in: AN, 21.6.1926.

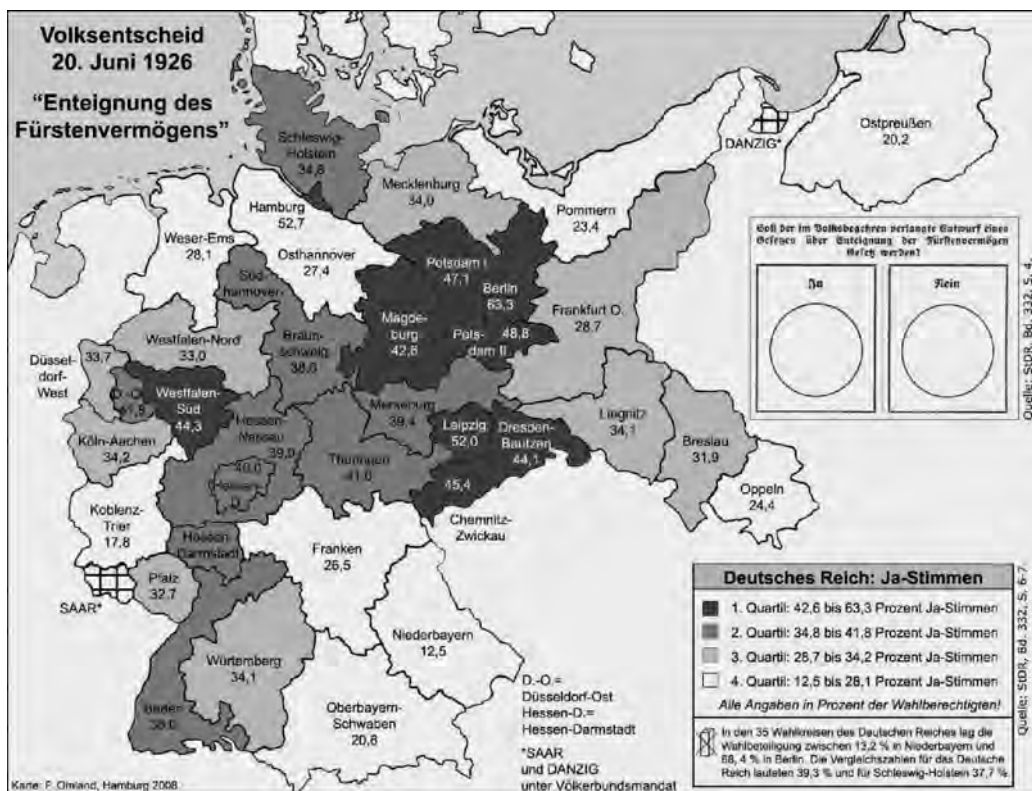
**110** Nach dem Volksentscheid, in: EiN 24.6.1926.

**111** Volksentscheid, in: HN 21.6.1926.

**112** RT-Verhandlungen, Bd. 390, 223. Sitzung v. 2.7.1926, Sp. 7804-7812; vgl. Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 1018.

**113** Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses. Vom 29. Oktober 1926, in: PrGS, Berlin 1926, S. 2267-2289; vgl. Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 1032.

**114** StDR, Bd. 332, S. 6f., S. 13, 26. Anstelle der Gemeinden ab 2.000 Einwohner aufwärts wies die StDR nur die Kreise, Stadtkreise sowie amtsfreien Städte und Amtgemeinden aus.



Im gesamten Deutschen Reich stimmten 36,4 Prozent der Wahlberechtigten mit Ja. In den neun Reichstagswahlkreisen mit dem besten Ergebnis (1. Quartil, schwarze Flächen) waren es zwischen 42,6 und 63,3 Prozent der Wahlberechtigten. In den neun Wahlkreisen mit der geringsten Zustimmung (4. Quartil, weiße Flächen) hingegen nur 12,5 bis 28,1 Prozent der Wahlberechtigten.

**115** Vgl. dazu die kritischen Anmerkungen bei Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 811f.

**116** Zur Methode siehe Frank Omland, „Wie ihr wählt, so wird regiert!“ Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1919-1924, in: ZSHG 132 (2007), S. 137.

**117** Zu Details siehe Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 817f.

**118** Ausführlich bei Jung, Volksgesetzgebung (wie Anm. 8), S. 989-1006.

Sachplebiszits und denen von Parteien bei Wahlen, das Fehlen von repräsentativen Umfragen und die Ableitung von Hypothesen zum Wählerwillen aus statistischen Daten.<sup>115</sup> In der Praxis bedeutet dies, dass eine historische Wahlanalyse, die nicht nur deskriptiv die Ergebnisse wiedergeben möchte, immer auch auf plausiblen Vermutungen beruht und lediglich eine qualitative Annäherung darstellen kann.

Im Folgenden werden die Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten dargestellt, so dass das Verhalten aller Wähler, auch und gerade der Nichtwähler einbezogen wird. Erst diese Einbeziehung der Wahlenthaltungen ermöglicht Längsschnittvergleiche und bemisst die tatsächliche Stimmausschöpfung der Parteien.<sup>116</sup>

Beim Volksentscheid konnten die Befürworter in den von der SPD und KPD majorisierten Wahlkreisen am besten abschneiden, wobei es ihnen nur in Berlin, Hamburg und Leipzig gelang, über 50 Prozent aller Wahlberechtigten auf ihre Seite zu ziehen. Am schwächsten schnitten sie dagegen in den katholischen und den von Gutsbezirken dominierten Gebieten ab. Otmar Jung konstatiert, dass beim Volksbegehren die Linke in den dünnbesiedelten kleineren Ländern und in den von den rechten Parteien dominierten preußischen Ostgebieten Mobilisierungsprobleme hatte.<sup>117</sup> Steigerungen vom Volksbegehren zum Volksentscheid konnten lediglich noch in den städtischen Zentrums-Regionen verbucht werden.<sup>118</sup> Die Wahl-



**122** Deutsches Reich: 558 995 ungültige Stimmen, 585 714 Nein-Stimmen; Schleswig-Holstein: 15 976 ungültige Stimmen, 13 720 Nein-Stimmen Das Missverhältnis fiel in Wandsbek (1.202 ungültige und 643 Nein-Stimmen) am stärksten aus. Die Eiderstedter Nachrichten gingen wegen der vielen ungültigen Stimmen davon aus, dass es einen Wahlzwang gegeben hatte, vgl. Nach dem Volksentscheid, in: EiN, 24.6.1926.

**123** Nicht repräsentative Auswertung für 2,2 Millionen Wahlberechtigte in 14 Wahlkreisen. StDR, Bd. 332, S. 32:

Männer/Frauen: Wahlbeteiligung 53,1 zu 41,4 Prozent; Ja-Stimmen: 48,6 zu 38,7 Prozent; dagegen für Schleswig-Holstein: Ja-Stimmen: 48,3 zu 60,0 Prozent.

#### 124

Wahlberechtigte/Wahlbeteiligung/Ja-Stimmen in Prozent der Wahlberechtigten: Stadt Tönning (2108/50,5 Prozent/49,5 Prozent); Ksp. Tönning (214/ 54,7 Prozent/53,3 Prozent); Uelvelsbüll (238/0,4 Prozent/0,4 Prozent); Ordning (161/30,4 Prozent/28,6 Prozent). Berechnungen nach: EiN, 22.6.1926.

**125** Am stärksten ist der Zusammenhang für Wandsbek (Reichstagswahl Dezember 1924: 37,3 Prozent; Volksentscheid 1926: 53,0 Prozent; Reichstagswahl 1928: 45,1 Prozent) und Neumünster (39,0 Prozent/53,0 Prozent/50,6 Prozent).

**126** Frappierend ist die territoriale Kontinuität der rechten Wähler (bzw. der Boykotteure beim Volksentscheid 1926) im Vergleich mit ihren Hochburgen von 1925 zu 1932, vgl. dazu die Ergebnisse bei Frank Omland, „Gegen das System!“ Zum Aufstieg der NSDAP bei den Wahlen in Schleswig-Holstein 1924-1933, in: ISHZ 50 (2008), S. 16-19.

werden kann.<sup>122</sup> Zum anderen scheinen – mit Ausnahme von Schleswig-Holstein – Männer häufiger als Frauen zur Abstimmung gegangen und mit Ja gestimmt zu haben.<sup>123</sup>

**Territoriale Kontinuitäten als Indiz für parteipolitisches Lagerverhalten.** Für Schleswig-Holstein lassen sich nur Teile der reichsweiten Analysen von Falter und Jung nachvollziehen, da lediglich die Daten auf Kreisebene vollständig vorliegen. Dabei fällt sofort ein Nord-Süd-Gefälle ins Auge, bei dem die Gegner sich – mit Ausnahme von Segeberg – in den nördlichen Kreisgebieten finden und hier den Boykott durchsetzen konnten. Am Beispiel des Kreises Eiderstedt lässt sich dies gut nachvollziehen, denn dort konnten die Befürworter lediglich in der Stadt und dem Kirchspiel Tönning überhaupt über 50 Prozent der Wahlberechtigten motivieren, zur Abstimmung zu gehen. Überall sonst lag die Wahlbeteiligung bei 0,4 Prozent bis 30,4 Prozent, was ein Beleg für den großen Erfolg des Boykotts im Kreisgebiet ist.<sup>124</sup>

Die Befürworter überschritten lediglich in Altona (55,8 Prozent), Wandsbek (53,0 Prozent) und Neumünster (50,8 Prozent) die nötige 50-Prozent-Marke. Grundsätzlich „ballt“ sich die höchste Ja-Stimmen-Quote in den industriell geprägten größeren Städten und den Hamburg- und Lübeck-nahen Kreisgebieten, also Regionen, die teils vom Industrie- und Handwerks-, teils vom Dienstleistungssektor dominiert wurden. Ein territorialer Längsschnittvergleich der Wahlergebnisse in den Kreisgebieten unter Einbeziehung der Reichstagswahl vom Dezember 1924, dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidenschaft, den Ergebnissen von Volksbegehren und Volksentscheid sowie der nachfolgenden Reichstagswahl 1928 zeigt eine relative territoriale Kontinuität zwischen den Stimmergebnissen der beiden Arbeiterparteien von 1924 bis 1928 und der Zustimmung 1926.<sup>125</sup> Zudem nahmen die Ja-Stimmen beim Volksentscheid 1926 tendenziell die späteren Anstiege der SPD bei der Reichstagswahl 1928 vorweg. Im Umkehrschluss ergibt sich eine territoriale Übereinstimmung zwischen rechten Wählergruppen und der geringsten Zustimmung sowie „progressiven“ Wählern und hoher Zustimmung.<sup>126</sup> Davon abweichend misslang es den Befürwortern des Volksentscheids in einigen Kreisen, mindestens so viele Stimmen zu erhalten wie die beiden Arbeiterparteien im Dezember 1924, etwa in Bordesholm (– 0,3 Prozent), Eckernförde (– 0,8 Prozent) und Husum (– 2,6 Prozent). Am deutlichsten fällt diese Abweichung in den Kreisen Plön (– 7,4 Prozent), Segeberg (– 6,9 Prozent) und Oldenburg (– 5,4 Prozent) aus. In Plön hing dies möglicherweise mit den dortigen Guts-hofstrukturen zusammen.

Anhand der Kreise Norderdithmarschen, Plön und Kiel werden im Folgenden Daten auf kleinräumiger Ebene einbezogen. Die Auswahl erfolgte, weil Norderdithmarschen eines der Hauptaufstiegsgebiete der NSDAP ab 1928 darstellte, der Kreis Plön relativ viele Gutsbezirke aufwies, die statistischen Daten für die Großstadt Kiel relativ gut überliefert sind und die dortigen Arbeiterwohngebiete zur

Hypothesenbildung über das Wahlverhalten des linken Milieus herangezogen werden können.<sup>127</sup>

**Ein Beispiel für den ländlichen Raum: Norderdithmarschen.** Norderdithmarschen lag mit 20,6 Prozent Zustimmung der Wahlberechtigten noch weit unter dem Ergebnis von Schleswig-Holstein und selbst in den 16 Gemeinden mit den durchschnittlich „besten“ Ergebnissen stimmten lediglich 29,5 Prozent mit „Ja“.<sup>128</sup> In 36 der 65 auswertbaren Gemeinden lag die absolute Zustimmung noch über den Stimmergebnissen der KPD und SPD bei den Reichstagswahlen vom Dezember 1924. Die Einbeziehung der DDP-Ergebnisse sowie der Resultate der Maiwahlen 1924 bestätigen dieses Phänomen. Grundsätzlich fiel die Zustimmung zum Volksentscheid immer geringer aus, je kleiner die Anzahl der Einwohnerschaft in der Gemeinde war.<sup>129</sup> Die fünf Gemeinden mit den höchsten Zustimmungswerten waren Krempel / Kirchspiel Landgemeinde Lunden (68,0 Prozent, 437 Einwohner), Weddinghusen / Ksp. Ldg. Tellingstedt (48,3 Prozent, 164 Einw.), Flehde / Ksp. Ldg. Lunden (41,0 Prozent, 534 Einw.), Westerdeichstrich (38,0 Prozent, 549 Einw.) und Büsumer Deichhausen (35,6 Prozent, 109 Einw.), beide zum Kirchdorf Büsum gehörend.<sup>130</sup>

Obwohl die Zustimmung im Kreis Norderdithmarschen quantitativ unterdurchschnittlich ausfiel, stimmten deutlich mehr Wahlberechtigte dem Volksentscheid zu, als es Wähler der beiden Arbeiterparteien bei den Reichstagswahlen 1924 gegeben hatte. Dies wird als Indiz dafür gewertet, dass die populistische Forderung nach einer entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen Landesfürsten auch in dem Teil der Landbevölkerung durchaus auf Zustimmung stieß, der ansonsten bürgerliche Parteien wählte.

**Ein Beispiel für den durch Gutshöfe geprägten ländlichen Raum: der Kreis Plön.**

Im Kreis Plön ergab der Vergleich der Ergebnisse in den Gutsbezirken mit dem Gesamtergebnis sowohl bei der Zustimmung (25,4 Prozent Ja-Stimmen zu 27,7 Prozent Ja-Stimmen) und der Wahlenthaltung (73,0 Prozent zu 69,3 Prozent) nur schwache Zusammenhänge.<sup>131</sup> Teilte man dagegen die Gemeinden nach Anzahl der Wahlberechtigten in Größenklassen ein, würden deutlichere Tendenzen sichtbar: Je höher der Ja-Stimmenanteil beim Volksentscheid, desto höher war auch der Anteil an SPD-Stimmen bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 ausgefallen. Umgekehrt verhält es sich beim Wahlboykott: Je höher die Wahlenthaltung, desto höher war der Anteil an DNVP und auch DVP-Stimmen im Dezember 1924 gewesen.<sup>133</sup>

Im Gegensatz zum Kreis Norderdithmarschen gelang es der SPD und der KPD lediglich in den fünf größten Gemeinden (Preetz, Elmshagen, Plön, Lütjenburg und Laboe), über ihre Anhängerschaft hinaus Wahlberechtigte für den Volksentscheid zu mobilisieren. In allen anderen Gemeinden lag die Zustimmung beim Volksentscheid deutlich unter dem absoluten Stimmenanteil beider Parteien bei der

**127** Für Norderdithmarschen und Plön liegen Datensätze von 1924, 1926 und 1928 vor; für Kiel ein Datensatz von 1919 bis 1932 (Nov.), das Ergebnis von März 1933 ist verschollen. Die Anzahl der Wahlberechtigten ist in der Regel nur lückenhaft überliefert.

**128** 65 auswertbare Gebietseinheiten, 99 Prozent aller Wahlberechtigten; in den 16 Gemeinden mit dem schlechtesten Ergebnis lag die Zustimmung bei 1,1 Prozent.

**129** Aufteilung aller Gebietseinheiten in vier gleichgroße Unterabschnitte (so genannte Quartile), Sortierung nach Wahlberechtigtenanzahl Volksentscheid 1926: 22,2 Prozent/17,8 Prozent/13,5 Prozent/10,4 Prozent Ja-Stimmen.

**130** Bergewörden, Ksp. Ldg. Delve (41,0 Prozent, 51 Einw.) wurde aus Gründen der Plausibilität nicht aufgenommen.

**131** 81 auswertbare Gemeinden, 98,4 Prozent aller Wahlberechtigten; im Längsschnitt (1924 bis 1928) insgesamt 69 Gemeindedatensätze.

**132** Sortierung nach Gemeindegrößenklassen/Anzahl der Wahlberechtigten (WB): unter 100 WB, unter 200 WB, unter 500 WB, unter 1000 WB, mind. 1000 WB.

**133** Der Anteil der SPD liegt in den Gemeinden mit der höchsten Zustimmung beim Volksentscheid 1926 bei 39,1 Prozent, der Anteil der DNVP in den Gemeinden mit der höchsten Wahlenthaltung bei 44,3 Prozent.

**134** SPD und KPD erreichten im Dezember 1924 in den fünf genannten Gemeinden 36,8 Prozent (Volksentscheid 1926: 37,1 Prozent); DNVP und DVP in den kleinsten Gemeinden (unter 100 Wahlberechtigte) 46,4 Prozent bzw. 7,4 Prozent (Volksentscheid 1926: 14,6 Prozent).

**135** Schriftwechsel vom März 1926 zwischen dem Landrat in Plön, Gutsvorsteher in Neuhaus und dem Regierungspräsidium (Beschwerden zum Eintragungsverfahren), LAS, Abt. 320 Plön, Nr. 87.

**136** Die Kieler Wahllokale wurden in fünf gleichgroße Unterabschnitte aufgeteilt (= Quintile). Im 1. Quintil der Wahlenthaltung gaben lediglich 16,8 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Gleichzeitig dominierten hier die DNVP (46,1 Prozent der gültigen Stimmen = gS) und die DVP (21,4 Prozent gS) die betreffenden Wahllokale bei der Reichstagswahl vom Dezember 1924.

**137** 1. Quintil der Zustimmung: 61,8 Prozent der Wahlberechtigten. Reichstagswahl Dezember 1924: SPD 48,2 Prozent gS, KPD 11,9 Prozent gS; Reichstagswahl 1928: SPD 57,2 Prozent gS, KPD 12,3 Prozent gS.

**138** Zur Einteilung der Wahllokale vgl. Frank Omland, Nationalsozialistische Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933-1938, Hamburg 2001, S. 100-102; zur sozialen Schichtung Torsten Schneider/Wolfram Schulz, Die Wählerschaft der NSDAP in Kiel, in: DG 2 (1987), S. 249-253.

**139** In Düsternbrook lag die Wahlbeteiligung bei 9,1 Prozent, in der Altstadt bei 23,3 Prozent, am Blücherplatz bei 17,8 Prozent und am Exerzierplatz bei 31,9 Prozent. Dies waren die vier niedrigsten Ergebnisse der Kieler Stadtviertel überhaupt.

**140** KPD, 31 Wahllokale mit dem besten Ergebnis: 13,8 Prozent gültige Stimmen; SPD, 31 Wahllokale mit dem schwächsten Ergebnis: 15,1 Prozent.

vorausgegangen Reichstagswahl im Dezember 1924. Gleichzeitig hatten umgekehrt DNVP und DVP jeweils immer bessere Ergebnisse erzielt, je niedriger 1926 die Zustimmung ausfiel.<sup>134</sup> Beides wird als Indiz für die soziale Kontrolle der Fürsteneinteignungsgegner im Kreis Plön gewertet, denn außerhalb der größeren, anonymen Städte fiel es selbst den Anhängern der Arbeiterparteien schwer, zur Abstimmung zu gehen.<sup>135</sup>

**Ein Beispiel für den großstädtischen Raum: Kiel.** Für Kiel konnten die Ergebnisse sämtlicher 156 Wahllokale ausgewertet und aus der territorialen Verteilung der Hochburgen der Parteien Rückschlüsse auf das Abstimmungsverhalten abgeleitet werden. Auch für Kiel galt: Je höher die Wahlbeteiligung ausfiel, desto mehr Ja-Stimmen wurden abgegeben, das heißt, die Befürworter mobilisierten ihre eigene Klientel, die Gegner blieben weitestgehend zu Hause und boykottierten die Abstimmung.<sup>136</sup> Umgekehrt fiel die Zustimmung in den Hochburgen der SPD – und etwas schwächer bei der KPD – vom Dezember 1924 stärker aus und beide Parteien konnten bei der nachfolgenden Reichstagswahl 1928 hier deutliche Stimmengewinne verbuchen.<sup>137</sup> Territorial wird auf der Ebene der Kieler Stadtteile sehr deutlich, welche Klientel am wahrscheinlichsten für den Volksentscheid gestimmt hat und welche Klientel diesen boykottierte.<sup>138</sup> In den Kieler Werftarbeiter-Stadtvierteln (Gaarden-Ost, Ellerbek und Neumühlen-Dietrichsdorf) war die Zustimmung mit 53,2 bis 55,8 Prozent Ja-Stimmen am größten, während im Villenviertel Düsternbrook – der Hochburg der DNVP – die Befürworter lediglich 8,4 Prozent erreichten. In den bürgerlichen, von Beamten, Marineangehörigen und Angestellten dominierten Stadtvierteln um den Blücherplatz sah es mit 16,8 Prozent ähnlich aus und in den Geschäftsvierteln der Altstadt (21,5 Prozent) fiel die Zustimmung ebenfalls relativ gering aus. Die Boykothaltung war in allen drei genannten Stadtvierteln am stärksten ausgeprägt.<sup>139</sup>

In Kiel fiel der Boykott 1926 am stärksten in den Hochburgen der DNVP und der DVP – beides erklärte Gegner des Volksentscheids – vom Dezember 1924 aus. Umgekehrt lagen die Wahllokale mit der höchsten Zustimmung dort, wo die SPD und die KPD auch im Dezember 1924 am meisten Stimmen bekommen hatten.<sup>140</sup> Beide Parteilager hatten also wahrscheinlich ihre eigene Klientel in ihrem Sinne beeinflussen können und waren entsprechend erfolgreich in den Stadtgebieten gewesen, die sie dominierten.

**Zusammenfassung und Ausblick.** Der Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten scheiterte reichsweit mit 36,4 Prozent Ja-Stimmen deutlich an der 50-Prozent-Marke. In Schleswig-Holstein (34,8 Prozent) stieß er generell in den nördlichen und westlichen Landkreisen auf sehr starke Ablehnung und wurde dort am häufigsten boykottiert, während er in den Stadtkreisen sowie den industrieller geprägten Landkreisen am stärksten unterstützt wurde. Der Volksentscheid belegt die Spaltung der schleswig-holsteini-



schen Wählerschaft in eine linke Mehrheit in den Stadtkreisen und dem Hamburger und Lübecker Umland sowie eine konservative Mehrheit in den ländlichen Regionen.

Die Wahlergebnisse können dabei einerseits als Indiz für eine grundsätzlich konservativ eingestellte, antisozialistische Mehrheit in der Wahlbevölkerung interpretiert werden, denn diese folgte mehrheitlich den Boykottaufrufen von DNVP, DVP und den bürgerlichen Zeitungen. Andererseits lassen sich anhand der Ergebnisse auch Bruchlinien innerhalb des bürgerlichen Lagers ablesen, denn auch ein Teil von dessen Wählern – vermutlich die direkt von den Enteignungen betroffenen Krieganleihe-Zeichnenden und Inflationsgeschädigten – muss ebenfalls mit Ja gestimmt haben. Die hohe Zustimmung beim Sachplebiszit ist auch aufgrund der Mobilisierungsfähigkeit des SPD-Parteiapparates zustande gekommen und nahm den kommenden Erfolg der SPD bei den Reichstagswahlen 1928 vorweg. Dagegen kann die Boykott-Haltung im Kreis Plön als Hinweis auf den hohen Einfluss gedeutet werden, den die Gutsherren und die DNVP vor Ort ausüben konnten, was sich erst durch die Abschaffung der Gutsbezirke relativieren sollte. Und die Analyse für Norderdithmarschen weist auf unzufriedene und ungebundenere Wähler hin, die bei entsprechenden Angeboten auch die eigene Parteipräferenz wechseln würden, was wiederum einen Mosaikstein für den nachfolgenden Aufstieg der NSDAP abliefern könnte.

Im Rahmen einer Gesamtgeschichte der Wahlen und Plebiszite in der Weimarer Republik<sup>141</sup> sollte sich die historische Wahlforschung deutlich intensiver als bisher mit den Volksbegehren und Volksentscheiden – jenseits von kurzen Analysen der gescheiterten Anti-Young-Plan-Kampagne (1929) – befassen. Ziel wäre es, unter Einbeziehung aller Wahlen und Plebiszite einschließlich der Provinziallandtags-<sup>142</sup> und preußischen Landtagswahlen einen Längsschnittvergleich von 1919 bis 1933 zu erarbeiten und mit möglichst umfassenden kleinräumigen Daten für Schleswig-Holstein zu unterfüttern. Eine neue (wahlsoziologische) Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1919 bis 1933 wäre die wünschenswerte Folge.<sup>143</sup>

**141** Frank Omland, „Die Nordmark steht zu Hitler!“ Wählerwanderungen und Wählerherkunft der NSDAP 1924-1933, in: ISHZ 48 (2007), S. 4-67; ders., Wie ihr wählt (wie Anm. 116); ders., „Warum wählt der Schleswig-Holsteiner nationalsozialistisch?“ Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1928-1933, in: ZSHG 133 (2008), S. 133-174.

**142** Frank Omland, „Wie wähle ich?“ Die Provinziallandtagswahlen in Schleswig-Holstein 1921-1933, in: Brückenschläge aus der Vergangenheit (wie Anm. 13), S. 265-294.

**143** Die Studie von Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963, ist bis heute ein Maßstab, an dem sich die historische Wahlforschung im Land messen lassen muss, unabhängig von den aus heutiger Sicht methodischen Schwächen der Arbeit.

